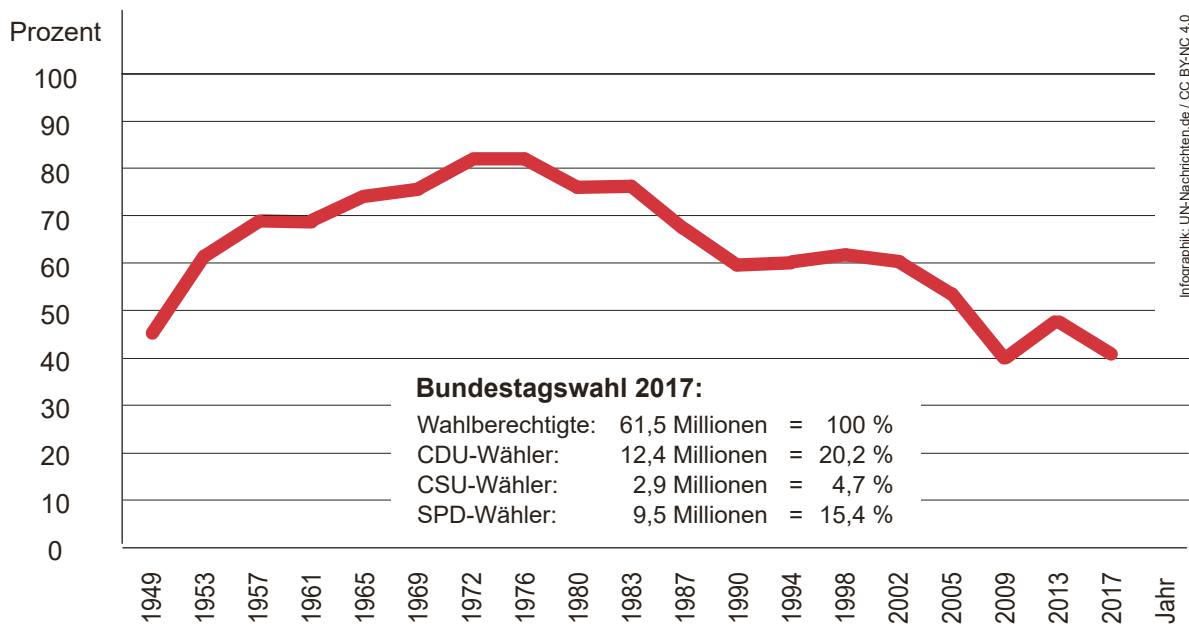


# Die »Volks- parteien« ohne Volk!

## Bundestagswahlen 1949 bis 2017

Stimmenanteil der sogenannten »Volksparteien«,  
also von Union und SPD, bezogen auf alle Wahlberechtigten in Prozent



**Der Begriff »Volkspartei« ist bereits der erste Etikettenschwindel von CDU/CSU und SPD. Parteien, die seit Jahrzehnten Politik gegen das eigene Volk betreiben, haben das Recht verwirkt, sich als deren Sachwalter auszugeben. Wer den Begriff »deutsches Volk« bereits als nazistisch abwertet, verliert jegliche Legitimation, für Deutschlands Interessen einzutreten.**

**Nach zu vielen Jahren der Lethargie ist endlich ein Teil der Wähler aufgewacht und hat diese Politikerdarsteller abgestraft. Der Weg ist richtig, aber noch lange nicht zu Ende.**

## Das offene Wort

### Keine Experimente!

Dieser erfolgreiche Spruch von *Adenauer* bis *Merkel* hat leider noch einmal über jede Vernunft gesiegt.

Dabei läuft schon seit der Regierungszeit von *Helmut Kohl* das größte Experiment des Jahrhunderts: die Umvolkung und Auflösung unseres Volkes!

*Merkel* hat mit ihrer Einladung aller Elenden dieser Welt diese schon aus den 40er Jahren stammenden Pläne auf die Spitze getrieben (siehe dazu die Sonderausgabe der UN 9/2015).

Die 26,8 Prozent der Wähler, die ihr Kreuz bei der CDU gemacht haben, haben das offenbar immer noch nicht begriffen. Auch wenn das in Wahrheit nur 20,2 Prozent der 61,5 Millionen Wahlberechtigten sind, wird Frau *Merkel* diese volksgefährdende Politik gnadenlos weiterbetreiben, gestützt von Grünen, Roten und sonstigen Gutmenschen, die sogar noch mehr für offene Grenzen eintreten.

Einzige Hoffnung ist jetzt die AfD, wenn angesichts der innerparteilichen Grabenkämpfe auch Zweifel angebracht sind, ob sie die Erwartungen ihrer Wähler erfüllen wird. Hoffentlich haucht sie den scheinbaren Plenarsitzungen des Bundestages endlich Leben ein! Einen ersten Rat zur Bewährungsprobe können wir der AfD geben: Beschlussfassungen verhindern, Sitzungen beenden, wenn immer nur die ersten zwei oder drei Reihen der Oberfunktionäre anwesend sind! Lesen Sie dazu die Seite 12 dieser Ausgabe. Hoffentlich geht die AfD mit gutem Beispiel voran, wünscht sich

Ihre Sabine Möller

# Wer sind die Totengräber der Demokratie?

## Schulz: »Ihr seid unsere Feinde!«

»Wenn die AfD in den Bundestag kommt, zieht zum ersten Mal seit 1945 wieder die Sprache der Totengräber der Demokratie ein. – Ihr seid unsere Feinde! Und wir werden die Demokratie verteidigen!«

Der Mächtigen-Kanzler *Martin Schulz* auf der Abschlusssprechung der SPD auf dem Berliner Gendarmenmarkt am 22.9.2017.

**Wer politische Gegner als »Feinde« bezeichnet, ist wohl eher selbst ein Totengräber!**

## Schulz, der Rausschmeißer

Euro-Rettung, EU-weite Bankenhaftung für Pleitestaaten, Massenzustrom, Integrationsgefasel statt Rückführung – zu all diesen Problemen und ungelösten Fragen der deutschen Politik, die von der AfD angesprochen werden, hatte der Ex-Bürgermeister von Würselen eine einfache Lösung. Gefragt, wie er mit einer AfD im Bundestag umgehen wolle, erklärte er am 12.9.2017 im ZDF: »Ich schmeiß die raus!«

## Strafanzeige gegen Gabriel

Der promovierte Physiker *Rainer Podewski*, AfD-Abgeordneter in Baden-Württemberg, hat den Noch-Außenminister *Sigmar Gabriel* wegen persönlicher Beleidigung, Verleumdung und übler Nachrede angezeigt. *Gabriel* habe zum drohenden Einzug der AfD in den Bundestag geäußert: »Dann haben wir zum ersten Mal nach Ende des Zweiten Weltkriegs im deutschen Reichstag wieder echte Nazis.« - SPON zitierte ihn am 14.9.2017 etwas anders: »Sollte die AfD tatsächlich in den Bundestag einziehen,

werden zum ersten Mal seit 70 Jahren Nazis im Reichstag sprechen.«

**So oder so: Leider ist dieser Kämpfer gegen »Pack« und »Nazis« noch zu jung, um in den unverdienten Ruhestand entsorgt zu werden.**

## Von Demokraten und Arschlöchern

*Alexander Kahrs*, ein führender SPD-Demokrat, sitzt seit 19 Jahren im Deutschen Bundestag und ist Träger des Bundesverdienstkreuzes. Am 26.9.2017 meldete er sich zum Wahlerfolg der AfD zu Wort: »Jetzt haben wir einen Haufen rechtsradikaler Arschlöcher im Parlament sitzen.«

**Schöne Aussichten für die politische Streitkultur der vereinigten Demokraten im neuen Bundestag!**

## Herr Özdemir und die Nazi-»Brut«

»In einer Woche könnte es sein, daß wieder Nazis in den Deutschen Bundestag einziehen. Ist das kein Anlaß zu sagen, es lohnt sich zu kämpfen – Wir wollen alles dafür tun, daß diese Brut in diesem Land nichts zu sagen hat, liebe Freundinnen und Freunde!«

**Mit solchem staatsbürgerlichen Bekenntnis auf dem Grünen-Parteitag am 17.9.2017 ist dieser Herr sicherlich für den Posten als künftiger Außenminister der BRD geeignet!**

## LERNUNFÄHIG!

**»Ich kann nicht erkennen, was wir jetzt anders machen müßten.«**

Angela Merkel nach dem »Wahldesaster« vom 24.9.2017

# AfD: Jetzt müßt ihr liefern!

Seit 1953 ist erstmals wieder eine Partei im Bundestag, von der die Wähler hoffen, daß sie nationale Politik vertritt.

Mit einem Ergebnis von fast 13 Prozent hat die AfD vom Wähler einen Vertrauensvorschuß erhalten, dem sie nun gerecht werden muß.

Ungeachtet der erwarteten Unruhen innerhalb der AfD gilt es für die zukünftige Bundestagsfraktion, »Butter bei die Fische« zu geben oder, weniger salopp formuliert: »Löst Eure Wahlversprechen ein!«

Laßt Euch auch weiterhin nicht von der Systempresse und dem antidemokratischen Verhalten der etablierten Parteien verunsichern – traut Euch auch in Zukunft, Unbequemes zu sagen und zu tun! Umso wichtiger ist es, den Worten Taten folgen zu lassen. Die AfD wird sich an den Ergebnissen messen lassen müssen. Deutsche Patrioten werden dies sehr sorgfältig beobachten und bei Bedarf die Mandatsträger zwar nicht jagen, aber treiben!

Um die zukünftige Arbeit im Parlament beurteilen zu können, ist es allerdings unabdingbar, wenigstens die Forderungen des AfD-Wahlprogramms als Meßlatte kennenzulernen:

## Demokratie in Deutschland

- Deutschland als souveränen Staat erhalten: Nein zu den »Verinigten Staaten von Europa«
- Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild
- Direktwahl des Bundespräsidenten
- Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen
- Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete auf vier und für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden
- Lobbyismus eindämmen



Wahlplakat der AfD zur Bundestagswahl 2017

- private Rentenvorsorge für Parlamentarier
- Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung
- Ablehnung von Quotenregelungen
- Gewaltenteilung gewährleisten und Macht der Parteien beschränken
- Bewahrung bzw. Wiederherstellung der bürgerlichen Selbstbestimmung im Zivilrechtsverkehr

## Außen- und Sicherheitspolitik

- Außenpolitik an deutschen Interessen ausrichten
- Wiedereinsetzung der Wehrpflicht
- Aufbau eines deutschen Grenzschutzes, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag und dabei den freien Personen- und Güterverkehr möglichst wenig behindert
- Strategiewechsel in der Entwicklungspolitik

## Euro, Geld- und Finanzpolitik

- die Transerunion aufkündigen und den Euroraum verlassen
- Beendigung der Enteignungspolitik der EZB gegen Sparer und Rentner
- Erhalt des Bargelds
- keine deutsche Haftung für ausländische Banken
- Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise

## Innere Sicherheit

- Verhängung der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte
- Abschaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung
- Polizeiwesen in Bund und Ländern umfassend reformieren
- Sicherheit der Bürger verbessern

## Zuwanderung und Asyl

- Afrika kann nicht in Europa gerettet werden
- keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

**Sie erhalten nur ein UN-Heft? Und was weiß Ihr Nachbar? Bitte bestellen Sie weitere 10, 20 oder 50 Exemplare zum Verteilen nach. Bestell-Telefon: 0208-840 132**

- strenge Kontrollen an den deutschen Grenzübergängen und Bewachung der grünen Grenze
- zweifelsfreie Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen
- kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme
- Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft
- Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.

### **Willkommenskultur für Kinder: Familienförderung und Bevölkerungsentwicklung**

- Kinder brauchen Vater und Mutter: Allein erziehen ist kein Idealfall
- familiennahe Betreuung würdigen
- Kinder willkommen heißen – auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben
- Orientierung der Familienpolitik von Bund und Ländern am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kindern

### **Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit**

- Mindestlohn erhalten, Leiharbeit begrenzen
- weniger Staat, mehr Freiheit und Selbstverantwortung
- gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen

### **Energie und Klima**

- Energiepolitik wieder vernünftig gestalten
- Ausbau einer ideologiefreien Forschung
- Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG)

### **Sozialpolitik**

- der deutsche Sozialstaat braucht eine klar definierte und begrenzte Gemeinschaft
- Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen
- mehr Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld und bei der Grundsicherung
- paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung

### **Gesundheitssystem**

- ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen
- dem Pflegenotstand entgegenwirken
- stationäre Versorgung durch Investitionen sicherstellen
- Ärzte und Therapeuten überwiegend in Deutschland ausbilden
- Aufkündigung des deutsch-türkischen Sozialversicherungsabkommens
- keine zentrale Datenbank zur Speicherung vertraulicher Gesundheitsdaten

### **Bildung und Schule**

- Wert und Nutzen der beruflichen Bildung mehr würdigen
- die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern
- Erziehung zu mündigen Bürgern statt staatliche Indoktrination
- kein Islamunterricht an deutschen Schulen

### **Kultur und Medien**

- deutsche Leitkultur statt »Multikulturalismus«
- die deutsche Sprache im Grundgesetz verankern
- Rundfunkbeitrag abschaffen
- das Internet als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten

### **Verkehr und Infrastruktur**

- Verkehrspolitik von Ideologie befreien
- mehr Wohnungsbau ermöglichen
- den ländlichen Raum stärken

### **Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft**

- die Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand
- Ausbau der Windenergie beenden
- Lärmschutz verbessern
- Verbraucherschutz als nationale Aufgabe
- Tierschutz verbessern
- bäuerliche Landwirtschaft stärken
- Sortenvielfalt erhalten, multinationale Konzerne in die Schranken weisen
- mehr Rechte für Kleingärtner und Kleintierhalter
- für eine gentechnikfreie deutsche Landwirtschaft

Mit dieser Auflistung der Wahlversprechen und -forderungen möchten wir keine Werbung für die AfD betreiben, sondern sie in die Pflicht gegenüber ihren Wählern nehmen. **Die Mandatsträger werden sich an ihren Worten, aber mehr noch an ihren Taten messen lassen müssen.**

Sollten die AfD ihre hier formulierten Forderungen aufgeben, wäre sie völlig überflüssig und würde damit den Grundstein für ihren Weg in die Bedeutungslosigkeit legen.

**NACHBESTELLEN UND WEITERGEBEN!**



# »Ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben«?

Viele Wähler hielten diesen CDU-Spruch für Realsatire oder Realitätsverlust. Würde die CDU an diesem »Wahlversprechen« gemessen werden, würde es Zeit für eine neue Politik. Genau dieser hat Frau Merkel jedoch bereits kurz nach der Wahl eine Abfuhr erteilt: **»Ich kann nicht erkennen, was wir jetzt anders machen müßten.«**

## Bitte barfuß!

Beim Religionsunterricht in Baden-Württemberg sollten Kinder einer vierten Schulklasse islamische Gebetstexte rezitieren. Sie wurden angehalten, sich dazu barfuß auf einen islamischen Gebetsteppich zu knien, den Kopf zu Boden zu beugen und laut zu sprechen: *»Gott Allah, Du bist der einzige und größte Gott der Welt, wir alle unterwerfen uns Dir«*. Die Mädchen wurden angehalten, bereitgehaltene islamische Kopftücher anzulegen.

Die Mutter eines danach verstörten Kindes, die beim Kultusministerium protestierte, erhielt die lapidare Auskunft, die Ziele des Lehrplans der vierten Klasse müßten eingehalten und erreicht werden.

## Geschafft: Acht (!) »Kulturbereicherer« weniger!

Dank der von Frau Merkel ausgerufenen »nationalen Kraftanstrengung« gelang es den Behörden, am 12.9.2017 acht Verbrecher nach Afghanistan auszufliegen. Und das, obwohl

rund 180 Demonstranten am Düsseldorfer Flughafen vor dem Abflug mit Transparenten »Abschiebungen stoppen« protestierten, darunter auch Aktivisten des staatlich geförderten Vereins »Pro Asyl«.

Alle acht wurden aus Haftanstalten zum Flughafen geschafft:

- ein Täter aus Hamburg: gefährliche Körperverletzung und Nötigung,
- drei Täter aus Bayern: Vergewaltigung und gefährliche Körperverletzung und
- vier Täter aus NRW: schwerer sexueller Mißbrauch von Kindern, räuberischer Diebstahl, mehrfach versuchte Vergewaltigung, sexuelle Nötigung.

Für diese »*nationale Kraftanstrengung*« wurden bereitgestellt: eine Chartermaschine

Boeing 737, 31 Bundespolizisten, ein Frontex-Mitarbeiter, ein Arzt und ein Dolmetscher als Begleitung.

Da haben unsere Regierenden endlich mal Härte gezeigt! Ein toller Erfolg bei insgesamt 226.457 Ausreisepflichtigen!

## Schwesig bevorzugt für ihren Sohn Privatschule

Die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, *Manuela Schwesig* (SPD), weiß aus erster Hand, welche katastrophale Zustände, dank ihrer marxistischen Gesinnungsgenossen, an öffentlichen Schulen herrschen. Um dem zu entgehen, schickt sie ihren ältesten Sohn seit dem neuen Schuljahr in die fünfte Klasse einer Privatschule.

So sind die Sozen! Fürs gemeine Volk reichen die von den rot-grünen Landesregierungen runtergewirtschafteten Schulen, für die sogenannten »Eliten« müssen es schon Privatschulen sein.

Wasser predigen und Wein saufen, so kennen wir die linken Gutmenschen!

**»Wir brauchen jedenfalls eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden.«**

Angela Merkel am 15.10.2016

**Ist das das Land, »in dem wir gut und gerne leben«?**

**OHNE KOMMENTAR!**



Wahlplakat der CDU zur Bundestagswahl

### »Ab morgen in die Fresse!«

Andrea Nahles (47), die unter Merkel fügsame SPD-Bundesministerin, erklärte bei ihrem Abschied vor allen Zuhörern dem ihr verbundenen Entwicklungshilfeminister Müller (CSU): »Ich erlaube mir jetzt noch einen Moment Wehmut. Aber ab morgen kriegt ihr in die Fresse!«

Eine tolle Demokratin, diese künftige »Oppositionsführerin!«

### Hokus pokus fidibus – Einfach verschwunden!

Es flimmerte über alle Kanäle: Im Osten Brandenburgs wurde am 16.9.2017 ein Schleuser-Lastwagen entdeckt, in dem 51 Menschen zusammengepfercht waren, darunter Frauen und Kinder. Fast alle dieser »Flüchtlinge«, die zur Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt gebracht wurden, sind inzwischen dort verschwunden.

»Die Zimmer sind leer«, erklärte der Lagerleiter am 18.9.2017. Es sei denkbar, daß sie von bereits hier lebenden Verwandten ab-

geholt worden seien. Man wolle nun abwarten, ob sie sich bei einer anderen Erstaufnahmeeinrichtung melden.

Die Lage sei im Jahr 2015 zeitweise »außer Kontrolle« gewesen, gab Frau Merkel inzwischen zu. **Offenbar gilt das aber bis heute!**

### Erdoğan for »Bundeskanzler«?

Unter anderem in Duisburg, Köln und Bergneustadt staunten die Bürger nicht schlecht, als vor der Bundestagswahl Plakate mit dem Konterfei eines »Kandidaten« auftauchten, den wohl keiner auf der Rechnung hatte: der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan.

»Türkei-Freunde – Steht mit ihnen zusammen! Gebt ihnen Eure Stimmen! Wachst mit ihnen!«, prangt es von den Plakaten der »Allianz Deutscher Demokraten«. Dabei ist allein der Name der Partei schon Täuschung genug. Diese Partei wendet sich ausschließlich an in Deutschland wahlberechtigte Türken und Muslime. Das Gerücht, daß



diese Partei aus Ankara finanziell unterstützt wird, können wir nicht bestätigen, aber auch nicht widerlegen.

In Nordrhein-Westfalen machten laut des vorläufigen amtlichen Endergebnisses 41.178 Wahlberechtigte ihr Kreuz bei dieser Partei.

Warum gehen diese 41.178 Inhaber eines deutschen Passes nicht in Erdoğan's Türkei?

### 4.000 Euro pro Minderjährigem

Auf die für 2017 eingeplanten 211 Millionen Euro für die Betreuung von »Flüchtlingen« mußte das Land Rheinland Pfalz noch einmal 162,6 Millionen Euro draufpacken. Das berichtete die *Wormser Zeitung* am 13.9.2017.

Von diesen 373,6 Millionen Euro entfallen allein auf die rund 2.800 »unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge« inzwischen 162,4 Millionen Euro.

Daraus ergeben sich monatliche Kosten für einen »unbegleiteten minderjährigen Flüchtling« von weit über 4.000 Euro.

### Berlin soll Rohingya holen

Volker Beck, bekannt für seine Affinität zu Pädophilen und Drogen, fordert von der Bundesregierung, die muslimischen Flüchtlinge aus der Volksgruppe der Rohingya nach Deutschland zu holen.

Etwa 400.000 Angehörige der muslimischen Gemeinschaft sind im Laufe der Jahre aus Myanmar (Birma) nach Bangladesch geflohen. In Myanmar versuchen Rohingya-Führer seit Jahren, gewaltsam einen islamischen Gottesstaat zu errichten.

Die Antwort des Militärs ließ nicht lange auf sich warten und löste die erneute Flucht vieler Menschen aus.

**Ist das das Land, »in dem wir gut und gerne leben«?**

**DIE REALITÄT IN DIESER REPUBLIK**

**Realsatire?**

**»Deutschland  
wird Deutschland  
bleiben – mit  
allem, was uns  
daran lieb und  
teuer ist.«**

Bundeskanzlerin *Angela Merkel*,  
7.9.2016

**Jetzt gibt's  
auch noch Prämien!**

Am 28.9.2017 meldete die Presse, die EU-Kommission habe den EU-Mitgliedsstaaten vorgeschlagen, in den kommenden zwei Jahren auf freiwilliger Basis »mindestens 50.000« Flüchtlinge direkt aus der Türkei, der Nahost-Region und Afrika aufzunehmen.

Die EU müsse »legale Wege« für die Migration schaffen.

Die EU-Kommission stelle für die Aufnahme dieser Flüchtlinge 500 Millionen Euro bereit – also 10.000 Euro pro Flüchtling.

**Lächerlicher kann  
sich ein Rechtsstaat  
kaum machen!**

»Obwohl der finanzielle und administrative Aufwand für die Abschiebungen förmlich explodiert, gelingt es den Behörden immer seltener, ausreisepflichtige Ausländer außer Landes zu bringen. Und das vor dem Hintergrund rasant steigender Zahlen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) rechnet einer Studie zufolge bis zum Ende des Jahres mit bis zu 485.000 Ausreisepflichtigen. Tatsächlich abgeschoben werden jedoch die wenigsten – Tendenz weiter negativ ...«, so FOCUS Online am 30.8.2017.

**Gräber gen Mekka**

Wie »angekommen« und integriert selbst die erste Generation der Muslime bei uns ist, zeigt der Berliner Stadtbezirk Neukölln: Er plant neue Grabstätten für Moslems. Auf dem Lilienthalfriedhof sollen Flächen mit Ausrichtung nach Mekka geschaffen werden.

**Altersarmut  
steigt weiter an**

Mehr als jeder fünfte 67-Jährige wird im Jahr 2036 von Altersarmut bedroht sein. Zu diesem beruhigenden Ergebnis kommt eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Zentrums für Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Demnach steigt die Zahl der Betroffenen von derzeit 16,2 Prozent auf 20,2 Prozent.

Neben alleinstehenden Frauen sind auch Berufstätige aus Mitteldeutschland von Altersarmut bedroht, da sie in den Nachwendjahren von den Umwälzungen auf dem Arbeitsmarkt betroffen waren.



Die Rentenkasse hat durch verschiedene »Reformen« und durch den demografischen Wandel seit 2015 höhere Ausgaben als Einnahmen. So betrug das Minus 2016 rund 2,2 Milliarden Euro. Damit schrumpfen die Rücklagen der Rentenkasse, die Folge werden steigende Rentenversicherungsbeiträge oder sinkende Rentenleistungen sein,



Wahlplakat der CDU zur Bundestagswahl

was wiederum noch mehr Rentner in finanzielle Nöte bringen dürfte.

**»Es wird  
bunter werden«**

*Katrin Göring-Eckardt*, Spitzenfrau der Grünen, freute sich auf dem Parteitag am 20.11.2015 über die offenen Grenzen für alle:

»Es wird bunter werden. Wie wunderbar ist das! Das haben wir uns immer gewünscht. [...] Unser Land wird sich ändern und zwar drastisch, und ich sage euch eins: Ich freu mich drauf!«

Und nach ihrer Wahl ins Spitzenduo mit *Özdemir* freute sie sich noch mehr:

»So wie eine Bürgerin der ehemaligen DDR und ein Kind türkischer Gastarbeiter zu Spitzenkandidaten gewählt worden sind, wird vielleicht irgendwann ein Kind syrischer Flüchtlinge Bundeskanzlerin oder Bundeskanzler.«

**Aber keine Sorge, liebe Leser: Auch in 30 oder 50 Jahren wird es noch Deutsche geben, sie sind dann nur etwas bunter (siehe Titelseite der UN 9/2017).**

**Ist das das Land, »in dem wir gut und gerne leben«?**

**URTEILEN SIE SELBST!**

# Zahl der Abschiebungen rückläufig

**»Wir brauchen jedenfalls eine nationale Kraftanstrengung zur Rückführung derer, die abgelehnt wurden.«**

Angela Merkel am 15.10.2016

**„Wir müssen verstärkt abschieben.“**

Innenminister de Maizière,  
Schweriner Volkszeitung, 22.10.2015



## Die Realität sieht leider anders aus!

Abschiebungen im 1. Halbjahr 2017 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum:

	Januar bis Juni 2017	Januar bis Juni 2016
auf dem Luftweg	11.606	13.111
auf dem Landweg	911	617
auf dem Seeweg	28	15
<b>Gesamt</b>	<b>12.545</b>	<b>13.743</b>

Dafür stieg die Zahl der kurzfristig gescheiterten Abschiebungen im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahreszeitraum steil an: 186 Abschiebeversuche per Flugzeug mußten abgebrochen werden, weil von Betroffenen Widerstand geleistet wurde (1. Halbjahr 2016: 121). 61 Abschiebungen scheiterten, weil die Betroffenen plötzlich krank waren (1. Halbjahr 2016: 29). In 113 Fällen weigerten sich die Fluggesellschaften oder die Besatzung, die Abzuschiebenden zu transportieren (1. Halbjahr 2016: 67).

Ausreisepflichtige Personen zum 30.6.2017: 226.457

**Sieht so eine »verstärkte Abschiebung«, eine »nationale Kraftanstrengung« aus?**



# Früher nannte man sie »Hofnarren«

Früher hatten die regierenden Fürstenhäuser im »Hohen Hause« ihre Hofnarren. Die durften manchmal auch aufmucken und etwas lästern, aber sie hielten ihre Kritik in Grenzen, aus Furcht, geköpft zu werden. Außerdem waren sie ungefährlich für die Herrschaft, denn sie sagten ja nur Närrisches.

Hofnarren oder Hoftrompeter gibt es ja nun nicht mehr. Dafür aber Regierungssprecher, Pressesprecher und die leitenden Damen und Herren der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten **ARD** und **ZDF**.

Die kassieren von jedem Haushalt in der BRD monatlich 17,50 Euro Zwangsgebühren, egal ob

ihnen jemand zuhört oder zuschaut (viele mündige Bürger tun das schon lange nicht mehr).

Weil es im Volk wegen der Geldverschwendung zunehmend grummelte, sah sich die **ARD** kürzlich gezwungen, ein wenig den Schleier zu lüften. Sie veröffentlichte die Grundgehälter ihrer Oberen:

Gehaltsstrukturen in der ARD									
Landesrundfunkanstalt	BR	HR	MDR	NDR	RBB	RB	SR	SWR	WDR
<b>Jahresgehälter 2016 der Intendantinnen und Intendanten der Landesrundfunkanstalten der ARD</b>									
Intendant/in p.a.	367 T€	272 T€	275 T€	348 T€	257 T€	257 T€	237 T€	338 T€	399 T€
<b>Durchschnittliche Monatsgehälter 2016 der Direktorinnen und Direktoren der Landesrundfunkanstalten der ARD (Grundvergütung)</b>									
Direktor/innen	17.983 €	16.540 €	14.750 €	18.500 €	15.593 €	13.851 €	14.133 €	17.718 €	18.328 €
<b>Durchschnittliche Monatsgehälter 2016 der außertariflich bezahlten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesrundfunkanstalten der ARD (Grundvergütung)</b>									
Außertarifliche Gehälter (z.B. Programmbereichsleiter/innen, Hauptabteilungsleiter/innen)	11.016 €	11.632 €	10.346 €	12.477 €	10.191 €	9.880 €	10.110 €	10.911 €	11.456 €

Quelle: [http://www.ard.de/home/die-ard/fakten/Gehaelter\\_und\\_Verguetungen\\_in\\_der\\_ARD/4127124/index.html](http://www.ard.de/home/die-ard/fakten/Gehaelter_und_Verguetungen_in_der_ARD/4127124/index.html) (Auszug)



WDR-Intendant **Tom Buhrow**  
Monatsgehalt: **33.250** Euro

© Raymond Spekking / Wikimedia Commons  
CC-BY-SA 4.0 (Ausschnitt)



SWR-Intendant **Peter Boudgoust**  
Monatsgehalt: **28.167** Euro

Foto: SWR Kommunikation - Eigenes Werk  
CC-BY-SA 4.0 (Ausschnitt)



rbb-Intendantin **Patricia Schlesinger**  
Monatsgehalt: **21.417** Euro

Bild: rbb/Thorsten Klapsch



BR-Intendant **Ulrich Wilhelm**  
Monatsgehalt: **30.583** Euro

Foto: Stefan Brending  
CC-BY-SA 3.0 DE (Ausschnitt)



MDR-Intendantin **Karola Wille**  
Monatsgehalt: **22.917** Euro

Foto: Sandro Halank / Wikimedia Commons  
CC-BY-SA 3.0 (Ausschnitt)



SR-Intendant **Thomas Kleist**  
Monatsgehalt: **19.750** Euro

Foto: Reiner1953 - Eigenes Werk  
CC-BY-SA 3.0 (Ausschnitt)



NDR-Intendant **Lutz Marmor**  
Monatsgehalt: **29.000** Euro

Foto: NDR/WDR/Herby Sachs  
CC-BY-SA 4.0 (Ausschnitt)

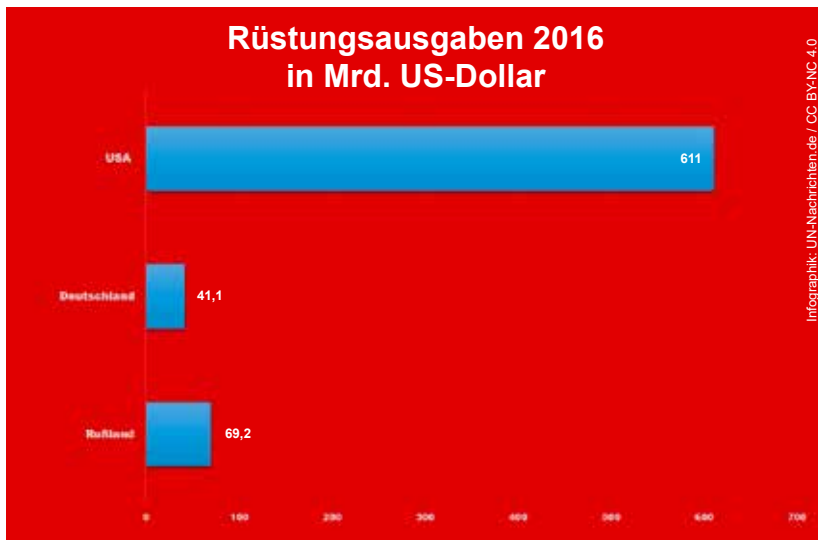


hr-Intendant **Manfred Krupp**  
Monatsgehalt: **22.667** Euro

Foto: Hessischer Rundfunk - Eigenes Werk  
CC-BY-SA 4.0 (Ausschnitt)

Die **ARD**-Rundfunkanstalten weisen in ihren Geschäftsberichten neben den Bezügen der Intendanten auch Pensionsrückstellungen auf. Im **WDR**-Geschäftsbericht beispielsweise findet sich mit Stand 31.12.2016 ein entsprechender Betrag von über 3,75 Millionen Euro für Herrn *Buhrow*.

# Der Popanz um Rußland



Der Begriff »Popanz« bezeichnet eine überschätzte bzw. vermeintliche Bedrohung.

Genau dieser Popanz wird uns von unseren Politikern und den ihnen hörigen Medien täglich aufgetischt.

Rußland bedrohe die westliche Welt und sei mit seiner Militärmacht in der Lage, Westeuropa zu überrennen.

Sollte es wirklich so sein, muß man sich fragen, warum allein die

europäischen Nato-Staaten mehr als das Dreifache für ihr Militär ausgeben als Rußland.

Für eine ineffiziente militärische Laienspielschar, zu der leider unsere Bundeswehr verkommen ist, ist jeder Euro zu viel. Wenn die Amerikaner seit geraumer Zeit fordern, daß Deutschland seine Militärausgaben von bisher 37 Milliarden Euro auf rund 70 Milliarden Euro steigern soll, fehlt dafür jegliche sachliche Notwen-

digkeit. Gemessen an unserem Bruttonationalprodukt von rund 3,1 Billionen Euro wären dies mehr als die oft zitierten zwei Prozent davon. Summiert man die Militärausgaben aller westlichen »demokratischen Staaten«, ergibt dies ein Vielfaches von dem, was Rußland in sein Militär investiert. Wenn man außerdem die Wirtschaftsmacht des Westens gegenüber Rußland berücksichtigt, so hat allein Deutschland ein Bruttoinlandsprodukt von 3,1 Billionen Euro gegenüber 1,1 Billionen Euro Rußlands.

Was Wirtschaftsmacht bei kriegerischen Auseinandersetzungen bewirkt, haben speziell wir Deutschen im Zweiten Weltkrieg leidvoll erleben müssen.

Fazit: Weder militärisch noch wirtschaftlich kann Rußland für den Westen eine ernsthafte Gefahr darstellen. Dies gilt allerdings nur, wenn wir Politiker in Deutschland haben, die sich nicht zum Büttel Amerikas machen lassen und uns nicht den »Popanz Rußland« auftischen.



Besuche uns auch auf Facebook:  
[facebook.com/UN.Nachrichten](https://www.facebook.com/UN.Nachrichten)

## Liebe Leser, ganz privat:

### AfD = das »Ende der Bundesrepublik«?

Mit dieser hysterischen Schlagzeile malte die Wochenzeitung *Die Zeit* schon am Wahlabend auf ihrer Internetseite das »Ende der Bundesrepublik« an die Wand, weil AfD-Sprecher *Alexander Gauland* die »Erinnerungskultur der Bundesrepublik« in Frage gestellt habe. Wir Deutschen hätten das »Recht, stolz zu sein auf die Leistung deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«, hatte er gesagt.

Wenn das schon genügt, die Existenz eines Staates in Frage zu stellen, muß er wohl wirklich an den Grundfesten der BRD gerüttelt haben.

Man mag die Furcht des Zeitungsschreibers vor dem Ende für lächerlich halten, aber sie hat einen wahren Kern:

Das Fundament der Bundesrepublik ist die Alleinschuld an allem. Wer das bezweifelt, »zerstört die

*Grundlage der Nachkriegspolitik*«, gab schon vor Jahrzehnten *Prof. Eschenenburg*, Rektor der Universität Tübingen, zur volkspädagogischen Erziehung der Deutschen vor (vgl. UN 8/1975).

Wenn jetzt also die »Erinnerungskultur« mit Schuld, Scham und Buße von einer Person oder Partei in Frage gestellt wird und sie damit breite Volksschichten erreicht, ist das nicht das Ende des Staates BRD, aber das Ende der inneren Verfassung des Staates und der bisherigen Politik der Um-erziehung zur Selbstverachtung der Deutschen. Es könnte der Beginn des Aufbruchs zu einer Politik zum Wohle des Volkes sein. Besonders die jüngeren Generationen sehnen sich nach einem Deutschland, mit dem sie sich identifizieren können.

*Ihre UN-Mitarbeiter*

# Massenarbeitslosigkeit im Anmarsch

Das Beratungsunternehmen *McKinsey* hat bereits im Frühjahr dieses Jahres in einer Studie vorgezeichnet, daß die fortschreitende Digitalisierung und damit einhergehend die Automatisierung der industriellen Produktion bis zu 20 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland gefährden wird.

Die Bundesagentur für Arbeit weist in ihrer Statistik für August 2017 rund 44,5 Millionen Beschäftigte aus. Knapp die Hälfte der Beschäftigten stünde damit vor einer unsicheren, perspektivlosen Zukunft.

Die Bertelsmann-Stiftung ging im vergangenen Jahr in ihrer Studie »2050: Die Zukunft der Arbeit« noch davon aus, daß in den Industrienationen die derzeitige Arbeitslosigkeit von im Schnitt sechs Prozent auf rund elf Prozent im Jahr 2020 steigen wird, um dann bis Mitte dieses Jahrhunderts weiter zuzunehmen auf etwa 25 Prozent.

Beschäftigte, die in gar nicht so ferne Zukunft auf der Straße stehen werden, sind unter anderem

Taxi- und Lkw-Fahrer, wenn autonomes Fahren, das bereits ausgiebig getestet wird, zum Standard gehört.

Postboten stehen ebenfalls ganz oben auf der »Abschußliste«, die Auslieferung soll demnächst mit selbstfahrenden Autos, Robotern oder Drohnen funktionieren.

Die immer schneller vorangetriebene Umstellung auf Fahrzeuge mit Elektro- anstelle von Verbrennungsmotoren wird ebenfalls Hunderttausende Beschäftigte der Automobil-Zuliefererindustrie arbeitslos machen: Getriebe, Abgasanlagen, Benzinpumpen, Partikelfilter usw. entfallen dann.

Leider sind diese Beispiele keine ferne Zukunft, es geht hierbei lediglich um zehn bis 15 Jahre!

Wie die Zukunft der Beschäftigung aussehen könnte, kann man am Beispiel großer Unternehmen wie *Apple*, *Amazon* oder *Zalando* bereits jetzt sehen:

Der größte Teil der Mitarbeiter ist im Niedriglohn-Sektor beschäftigt, z.B. als Aushilfe in einem der zahlreichen *Apple Stores* oder

als mickrig bezahlter »Picker« im Lager und im Versand. Denen stehen wenige sehr gut bezahlte Datenwissenschaftler, Programmierer oder sogenannte »Start-up-Milliardäre« gegenüber.

Die Politik macht den Anschein, als seien das alles weder Probleme von heute noch für dieses Land. »*Uns gehts doch gut*«, »*die Wirtschaft brummt*« usw. hört man unisono aus allen Mündern.

Die Zukunft läßt sich jedoch nicht aufhalten! Aber steuern kann man diese; es wird Zeit, endlich damit anzufangen. Irgendwoher müssen in 20 Jahren schließlich Steuern und Sozialbeiträge kommen.

Es gibt Politiker, die uns allen Ernstes weismachen wollen, diese kämen dann von den sogenannten »ausländischen Fachkräften«.

Wenn kein Umdenken in der Politik erfolgt, brauchen wir in 20 Jahren nur noch zwei Arten von Fachkräften: Insolvenzverwalter und Bestatter.

## SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt  
 Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) \_\_\_\_\_

Name des Kreditinstituts \_\_\_\_\_

BIC (SWIFT) \_\_\_\_\_

IBAN \_\_\_\_\_

- Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.  
 Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

\_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift

## Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: \_\_\_\_\_ Euro

- einmalig       jährlich  
 halbjährlich       zweimonatlich  
 vierteljährlich       monatlich

ab (Datum): \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
 Datum, Unterschrift

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

## Eine Wiedergeburt!

»Bei existenziellen Fragen wie Asyl, Zuwanderung, Grenzkontrollen oder Euro-Politik stand oft ein Großteil des Volkes, wenn nicht gar die Mehrheit, ohne Vertretung im Bundestag da. Denn dort war man sich in der „ganz großen Koalition“ über alle Fraktionen hinweg einig. Das dürfte sich mit dem Einzug der AfD ändern.

Als Bürger können wir diese Entwicklung nur begrüßen – nämlich als die Wiedergeburt unseres Parlaments.«

Hans Heckel in der  
Preußischen Allgemeinen  
Zeitung, 22.9.2017

## An die Arbeit, Ihr 709 MdBs!

**Der meist fast leere Bundestag – hoffentlich ist das jetzt vorbei!**

Es dreht jedem Fernsehzuschauer den Magen um, wenn er bei Berichten aus dem Bundestag sieht, daß meist nur die ersten zwei bis drei Reihen der Oberfunktionäre besetzt sind, selbst wenn zukunftsentscheidende Gesetze beschlossen werden.

Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages bestimmt:

»Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist.«

Die Winkelzüge, mit denen die Fraktionen das umgehen, hat die Gesellschaft für Staats- und Völkerrecht in einem Info-Blatt erläutert, das Sie als »UN-Archiv 101712« bei uns anfordern können.

Bei nun 709 MdB müßten also 355 im Plenum sitzen, um Gesetze zu beschließen. An anderer Stelle heißt es aber auch, daß eine Fraktion oder fünf Prozent der Anwesenden die fehlende Beschlußfähigkeit rügen könnte und der Bundestagspräsident die Sitzung dann beenden müsse. Diese »Erziehungsmaßnahme« haben die vereinigten Altparteien aber nie benutzt.

Schon 1977 entschied das BVerfG: »Das Prinzip der repräsentativen Demokratie erfordert grundsätzlich die Mitwirkung aller Abgeordneten bei der Willensbildung des Parlaments.«

**Das wäre jetzt eine gute Aufgabe für die AfD:**

**Vorbildliches, möglichst vollzähliges Erscheinen und Antrag auf Schließung der Sitzung, wenn die angeblich so »demokratischen« Parteien ihre Volksvertreter-Pflichten wie bisher vernachlässigen!**

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

## FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).

Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.

Ich bitte um Zusendung von \_\_\_\_\_ Ex. der UN-Ausgabe Nr. \_\_\_\_\_ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).

Einen Kostenbeitrag von \_\_\_\_\_ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: \_\_\_\_\_

Geb. am/Beruf: \_\_\_\_\_ Telefon: \_\_\_\_\_

Ihre UN-Anschriftennummer, falls bekannt: \_\_\_\_\_

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

## ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten  
Postfach 101706  
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32  
Telefax: 0208 - 84 87 057  
E-Post: info@un-nachrichten.de

### Bankverbindung:

FK UN e.V.  
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01  
BIC: PBNKDEFF

### Internet:

www.un-nachrichten.de  
www.fb.com/UN.Nachrichten

### Impressum:

**Herausgeber:** Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

**verantwortw. Schriftleiter:** Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

### Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen